

Die „Weltmacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Buchhändler, Neue Wochenschriften, 1/2, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Binde 20 Pf., Postzusatz 1/2 M.

Weltmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subscriptionen: Bestellt für die nächsten Vierteljahre oder deren Raum 20 Pfennige, für Halbjahre 40 Pfennige, für ein Jahr 80 Pfennige. Inspecere für die nächsten Monate nach dem Bestellen 10 Pfennige. Anzeigen: Bestellen bis Donnerstag 10 Uhr in den Expeditionen abgegeben werden.

Telephon Nr. 451

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 451

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 279.

Donnerstag, den 29. November 1900.

11. Jahrgang.

Initiativanträge.

Im Reichstage ist, vom Beginne her jeweiligen Session an gerechnet, eine Frist gesetzt für die Einbringung von Initiativanträgen, sofern diese als gleichzeitig eingebracht gelten sollen. Die Parteien bringen während dieser Frist nur jene Anträge ein, die sie für die wichtigsten halten. Die Frist ist jetzt verstrichen und die Anträge geben ein Bild von den Stimmungen, Strömungen und wirtschaftlichen, sowie politischen Forderungen im Lande, weshalb wir sie hier gerne passiren lassen möchten.

Allem voran marschieren die reaktionär-agrarischen Bestrebungen. Ein Antrag des Junkers Wangenheim will eine Verschärfung des Ab-fangsatzes, indem die Bekrafung der verbotenen Veranlagungsgeschäfte verlangt.

Die daber durch den Börsterterminhandel in An-schlüssen von Bergwerks- und Industrie-Unternehmungen, Ziegeleien und Mühlenfabrikaten. So tobt sich der Haß der Junker aus gegen die erstarkende Hochfinanz, der sie ihre Domäne, die Börse, verschließen wollen, um sie dann auch auf anderen Gebieten zu bekämpfen. Ein weiterer Vorstoß der Agrarier, den das Zentrum und die hochschulbunten Grobindustriellen unterstützen, beabsichtigt zukünftig fremde Staaten, die uns sozialpolitisch ungünstiger behandeln, mit Reichszöllen zu belegen, und die Eingangsabgabe, die schon jetzt 100 pCt. betragen kann, auf 200 pCt. zu erhöhen. Der Vorstoß richtet sich gegen Amerika, die junge Rieserepublik, die der veralteten Ordnung Europa's so gefährlich wird. Die agrarischen Hochschulbunten möchten die amerikanischen Fleisch- und Getreidezufuhr vernichten, die industriellen Hochschulbunten, an ihrer Spitze Moellers-Duisburg, möchten die amerikanischen Konkurrenz auf dem Eisen- und Kohlenmarkt tödten. Daß das Volk die Zölle bezahlen muß durch verteuerte Lebensmittel — das wollen die braven Verbündeten noch nebenbei erreichen. Wenn schließlich die Agrarier zur Lösung des Wohnungsproblems beitragen wollen, durch ein Heimstätten-gesetz, welches sie verlangen, so wäre das an sich ein ganz löbliches Beginnen. Bloß kommt der Vorschlag von den Agrariern! Sie beabsichtigen damit denn auch nichts weiter als eine Knebelung der Landarbeiter an die Scholle.

Nach den agrarischen Reaktionären die reaktionären Mittelstandspolitiker! Der Agrarier Dertel verlangt ein Gesetz, welches im Interesse des Mittelstandes das Ausverkaufswesen, bei welchem der Arme wenigstens noch Gelegenheit hat, billig zu kaufen, so gut wie unmöglich machen will. Dertel wird aber noch übertrumpft durch das Zentrum, welches nicht nur immer militaristisch-gouvernementaler, sondern auch immer agrarisch-reaktionärer wird. Für den Mittelstand verlangt das Zentrum: Verbot des Abzahlungs-wesens in allen seinen Formen, Verbot der Waarenhäuser für Beamte und Offiziere u. s. w. Der Arbeiter soll gezwungen sein, dem kleinbürgerlichen Lebensmittelvertheurer die Waaren bar zu dem verlangten Preise abzukaufen, das ist der Hauptinhalt aller dieser Anträge.

Die sozialpolitischen Anträge zeigen, wie hoch der Einfluß der Sozialdemokratie und der organisierten Arbeiterbewegung zusehends geltend macht. Die bürgerlichen Parteien verlangen jetzt selbst in steigendem Maße sozialpolitische Gesetze, nämlich nur um der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben. Wird dieser löbliche Zweck auch nicht erreicht, so profitieren die Arbeiter wenigstens, daß man sich mehr mit ihnen beschäftigt, als das früher der Fall gewesen ist. Es wird verlangt, den Berufsvereinen Rechtsfähigkeit zu

verleihen. Durchgeführt, würde eine solche gesetzliche Bestimmung die Gewerkschaften wesentlich besser stellen in ihrem Kampfe mit dem Unternehmertum — weshalb auch eine solche Forderung nicht Gesetz werden wird in der Zeit der zwölftausend Mark und des Scharfnacherverbandes. Weiter wird verlangt kaufmännische Schiedsgerichte, sowie ein Reichsarbeitsamt — entsprechend dem Vorgehen der Sozialdemokratie. Von unserer Seite wird verlangt: der gesetzliche Bestimmungstag als Vorläufer für den Achtstundentag, Abänderung des Gewerbeverordnungs-gesetzes im durchgreifend reformirenden Sinne und Regelung der Wohnungsfrage durch Reichsgesetz.

Hierauf folgen die Anträge, welche juristische Reformen bezwecken. Es ist beantragt die Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Strafprozeßes. Abgeordneter Mandel verlangt die Abschaffung des großen Urteilsparagrafen in seiner heutigen Form und findet damit, Angehörige der Ausdehnung, der die Rechtsprechung dem Proceß gegeben hat und wie sie ihn auf das politische Leben angewendet hat, gewiß den Beifall der Parteien, soweit sie nicht blind reaktionär sind. Dasselbe wird bei dem Abgeordneten Bedt der Fall sein, der den „legenden Gerichtsstand“ der Presse beseitigen und damit vermeiden will, daß ein Zeitungsredakteur an den verschiedensten Orten angeklagt werden kann auf Grund von Artikeln, die er in einer an einem bestimmten Ort erschienenen Druckchrift veröffentlicht hat.

In die Kategorie der rein politischen Anträge fällt ein Antrag, der die Sicherung des Wahlheimathes verlangt. Trogdem die Ausbeute von Schlot und Roca jahrelang aus das Wahlrecht der Arbeiter manchmal in der brutalsten Weise vorgewaltigen, hat sich die Regierung noch nicht dazu entschließen können, den Wähler mehr zu sichern als bisher. Wohl weil ihr das Reichswahlrecht in den Tagen der Welt-politik längst nicht mehr als eine Verbesserungswürdige Einrichtung erscheint? Das Zentrum verlangt für die Reichstags-mitglieder Anwesenheitsgelder und freie Fahrt. Die sozialdemokratischen Vertreter halten es seit Langem als unter ihrer Würde, diesen Antrag zu stellen, obwohl auch sie für Diäten sind. Aber das Zentrum glaubt wohl, für sein strammes Fasagen eine klingende Belohnung verlangen zu können! Viel Aufsehen hat der „Toleranzantrag“ des Zentrums gemacht, der jedoch bloß, weil man im Lande Mecklenburg den Katholiken einen Kirchenbau nicht gestattet hat, verlangt, daß anerkannte Religionsgemeinschaften „Kirchengebäude mit Thürmen erbauen und auf denselben Glockenhallen anbringen“ dürfen.

Alle diese Anträge zeigen klar, daß der Reichstag, wäre er ein ausschließliches Lummelplaz der bürgerlichen Parteien, sich nicht viel über die Bedeutung des Parlaments von Gehiltschleis Lobenstein erheben würde. Der allgemeine Verfall der bürgerlichen Klasse und die Füg nach dem Proßt beugt es mit sich, daß sie sich auch bei ihren parlamentarischen Kämpfen, wenn nicht bedeutende Sonderinteressen in Frage kommen, in Nebenächlichkeiten verliert. Erst die Thätigkeit der Sozialdemokratie hebt das Parlament zu höherer Bedeutung, wie es sich auch bei den Gintabebatten wiederum gezeigt hat. Unter den Initiativanträgen nun verdient der der Sozialdemokratie die weitest größte Beachtung, der die Aenderung der straf-gesetzlichen Bestimmungen über die Verleibigung des Landesherren angeht. In Verbindung mit dem weiter gestellten Antrage auf Schaffung eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes wird hier die Möglichkeit einer politischen Debatte großen Stiles

ausgerollt, die eben nur die Sozialdemokratie zu schaffen vermag.

Die Anträge, die von einzelnen Abgeordneten mit Unterstützung ihrer Freunde in allen Parteien gestellt worden sind, verdienen kaum, von uns erwähnt zu werden.

Es zeigt sich auch, daß, wie im Lande so auch im Reichstage, die politische Organisation des Klassenbewußten Proletariats das immer Leben spendende ist. Bewirkt sie nicht selbst bestimmte Handlungen, so zwingt ihre Anwesenheit die Parteien zu solchen. Sie ist, wenn auch nicht numerisch so doch moralisch, bereits heute die stärkste Partei im Reichstage, die man nicht mehr unterdrücken kann.

Politische Uebersicht.

Kulturinteressen und Militarismus.

Bei der Nähe der lothringischen Eisenbahnstrecke Bilsch soll, so wird dem „Vorwärts“ aus dem Reichsland berichtet, demnächst mit der Anlage eines großen Zuppelkutschplatzes begonnen und der reichskoloniale Status zu diesen Zweck ernannt werden, eine Fläche von 2500 Hektar Staats-malungen um den Betrag von 5 1/2 Millionen Mark an den Militärfiskus zu veräußern. Die Wälder, deren Gebiet damit der völligen Unproduktivität überliefert wird, gehören bisher zu den besten Beständen des deutschen Reichswalds und repräsentierten im Sachthaushalte des Reichslands große, Ackerholz, fortwährend steigende Vermehrungswerte. Außer ihren zieht der geplante Zuppelkutschplatz aber auch noch ausgedehnte Kulturänderungen der Dörfer in der Ufer Gegend in seinen Bereich und bedingt sogar die völlige Unterdrückung einer ganzen Gegend, des etwa eine Stunde nordöstlich von Bilsch gelegenen Dorfes Hirschfeld. Die kulturfeindlichen Tendenzen des Militarismus werden durch derartige Maßregeln groß beleuchtet.

Wofür kein Geld da ist!

Die vom preussischen Eisenbahn-Minister in den Etat für 1901 eingezeichneten 660 neuen Eisenbahn-Sekretärstellen sind, so wird dem „Vorwärts“ berichtet, auch in diesem Jahre bis auf die beträchtliche Anzahl von 170 vom Finanzminister gestrichen.

Man hat eben nur Geld — für China. In Brantienkreisen wird dieses Verfahren die weltpolitisch Schrägameri außerordentlich steigern. Der Füllbehälter aber auch wieder, daß trotz aller offiziellen Ablehnungen der despotischen Alleinherrscher in allen Ressorts Herr v. Niquel der Sparminister ist.

Die Kommission für Arbeiter-Statistik

hatte sich am Mittwoch Morgen zu einer Sitzung im Reichsamt des Innern versammelt. Die Beschlüsse über die Erhebungen betreffend die Sonntagseruhe bei der Sinnen-Schiff-fahrt mußte einmütig magere Antrag stillen, weil der Reichstag durch seinen Beschluß vom 4. Mai 1895 die Erhebung auf das ganze Gebiet der Sonntagseruhe bezogen hatte. Hierbei brauchten die Erhebungen aber auch nicht bezogen zu sein, weil durch die angeführte Enquete von 1895 die Frage nicht aufgeworfen ist. Die Erhebungen sind von dem Reichsamt des Innern geleitet. Die Kommission macht dem Reichsamt folgende Vorschläge:

Es sei dafür zu sorgen, daß in den Parteien der Sinnen-schiffahrt zur Personenerhebung, einschließlich der Fährbetriebe, der Schiffsmannschaft im Winterhalbjahr an jedem

Tagabenden.

Roman von Hans Dörmann.

(Nachdruck verboten.)

Unterwegs erzählte der Kaufmann, daß er ein Lebens-rat hat. Er zeigte mir ein kleines Buch, in dem er allerlei Rat hatte.

Da stand hinter Annoncen, Rezepten und ähnlichem folgende Rechnung:

| | | |
|--|--------|-------|
| Barbestand am 1. 4. 189— | 224 00 | Mark. |
| Reisegeld nach Berlin IV Klasse | 13 00 | „ |
| Miete für April | 15 00 | „ |
| Für Inzerate, Stiefel, Bücher, Wäsche u. | 33 00 | „ |
| Für Essen | 40 00 | „ |
| Bestand am 1. 5. 189— | 118 00 | Mark. |
| Miete für Mai | 15 00 | „ |
| Für Inzerate und Wäsche | 8 00 | „ |
| Für Essen u. | 29 00 | „ |
| Bestand am 1. 6. 189— | 68 00 | Mark. |
| Für Miete pro Juni | 8 00 | „ |
| Für Wäsche, Essen, Stiefel | 24 00 | „ |
| Für Inzerate | 3 00 | „ |
| Bestand am 1. 7. 189— | 31 00 | Mark. |
| Reisegeld nach Hamburg | 8 00 | „ |
| Für Logis und Essen | 13 00 | „ |
| Für Porto | 2 00 | „ |
| Bestand am 1. 8. 189— | 8 50 | Mark. |
| Dazu Einnahmen: | | |
| Für einen schwarzen Anzug | 14 00 | Mark. |
| Für eine Goldkette | 16 00 | „ |
| Für zwei Hüte | 8 00 | „ |
| | 46 50 | Mark. |
| Ausgaben: | | |
| Logis und Essen | 15 00 | Mark. |
| Porto | 3 00 | „ |
| Stiefel | 2 00 | „ |
| Bestand am 1. 9. 189— | 26 00 | Mark. |

| | | |
|--|-------|-------|
| Reisegeld nach Berlin | 6 00 | Mark. |
| Schlafstelle und Essen | 18 00 | „ |
| Bestand am 1. 10. 189— | 2 00 | Mark. |
| Einnahme: | | |
| Wäsche, Uhr, Mantel verlegt | 39 00 | Mark. |
| Ausgabe: | | |
| Für Hausrechnen und Rantion beim Buchhändler | 10 00 | Mark. |
| Für ein Jafurat | 8 00 | „ |
| Für Schlafstelle, Essen, Gummihosen, Stiefel | 26 00 | „ |
| Bestand am 1. 11. 189— | 2 00 | Mark. |

Ein verzweifelter Ringen, um sich auf der Oberfläche zu halten! Unausgesetzte Versuche, das led. Schiff an den bergenden Strand zu bringen und doch zurückgeschleudert von der Brandung.

Als Ergänzung zu dieser klappen Darstellung in Zahlen reichte mir der Badenfer ein Wanderbuch. Stempel aus allen Gegenden Deutschlands und der Schweiz, Ortsgeheimstempel, Verpflegungssitationsstempel und eine Reihe Polizeistempel — eine Reiteroute, ein Schub nach dem Heimathort. Dann keine Stempel mehr — seit etwa neun Monaten. Nur die Worte sagte er:

Ja, was sollte ich denn in D-1 Da konnte mir auch kein Mensch helfen. Meine Alten sind tot. — Was sollte ich denn in dem kleinen Nest?

Der Alte pries die Heimath. Er hätte sie nie verlassen, wenn nicht seine Frau und seine Tochter ihm davonlaufen wären. Er sei unterwegs, um die Pflücker vergessen auf den rechten Pfad zurückzuführen. Hier in dieser Gegend sollten sie sein, wie er gehört habe.

Der also war der Mann der Schidje, die ich am Müggelsee getroffen. Wie ich ihn sah in seiner Zurückhaltung, konnte ich mir wohl denken, daß die Weiber, seine Frau und seine Tochter, die Verdorbenen und Schuldigen sein mußten.

Ich nahm ihn denn auch in Schutz, als der Lichtfuß, wie wir den nannten, der den Polizisten lächerlich gemacht, den Alten aufzog: Was er mit solchen Weibern, solchen Menschen sich eingelassen habe? Wozu er ihnen nachlaufe, wenn er so moralisch denke?

Der Alte gab darauf keine Antwort, sondern machte den Bekränkten, den, der vornehm solche Reden und Sticheleien überhört. Er blieb einige Schritte zurück. Und da der Wald weg neben der Gasse immer schmaler wurde, gingen wir hintereinander. Ich hielt mich zu dem Badenfer, während Lichtfuß sich mehr zu dem anderen Kaufmann hielt.

Der Badenfer erzählte, er habe Glück gehabt, seitdem er zum zweiten Male seinen Geburtsort verlassen.

Ich fragte, wie er das meine; er sehe nicht so aus, wie wenn er vom Glück überschüttet worden wäre.

Ja, gewiß habe ich Glück gehabt! Die ganze Zeit bin ich nicht mehr als viermal gefesselt worden. Jedesmal hat's mich ja ein paar Tage Rittchen gekostet — aber ich bin doch immer noch heil davongekommen. Ich brauchte nicht in die linke Wunde. Das erste Mal ging ich mit einem Gelpmentirer (Seiler) zusammen. Wir hatten gerade ein Raff abgekloppt und wollten uns mit unserm Fettigkeiten und dem maßigen Hof bei Seite in den Bilsch (Wils) drücken. Da taucht hinter der Wegbiegung der Blutgut (Badar) auf. Mein Kommer (Kollege) machte sich ja nicht daraus. Der hatte eine dicke Flecke und munte, ihm konnten höchstens 24 Stunden aufgeknast werden. Ni, das wäre ja nicht schlimm. Ich selbst wollte erst in ein Bauerhaus — aber da hätte mich der Blutgut doch rausgeholt, wenn mich nicht die Raff an rausgeschmissen hätten. Und so künstlich Schritt von Bauern entfernt — da kann man nicht mehr loskommen.

(Fortsetzung folgt.)

zweiten, im Sommerhalbjahr an jedem dritten Sonntag bis 12 Uhr Mittags arbeitsfreie Zeit gewährt werde."

Bei Verlesung des Berichts wurde mitgeteilt, daß die auf 1. d. M. im Namen der Beschäftigten Personen, sich in einer Sitzung an die Kommission für Arbeiterverhältnisse über übermäßig lange Arbeitszeit beklagten. Eine Petition mit ähnlichem Inhalt ist von R. A. N. an den Reichskongress gelangt. Jetzt ist man im Reichskongress damit beschäftigt, zu untersuchen, inwiefern die in diesen Petitionen vorgetragenen Klagen begründet sind, dann soll durch eine Resolution zum Vornachschickung, gleichzeitig mit der Regelung der Sonntagsruhe, eine Beschränkung der gerügten Mißstände versucht werden.

In Bezug auf die Erhebungen über die Verhältnisse im Hüttenberg wurde beschlossen, den Reichskongress zu ersuchen, die Kommission für Arbeiterverhältnisse zu beauftragen die Erhebungen zu machen. Es ist das die Einleitung einer dreimonatlichen Formalliste. Seitwärts kann und darf die Kommission keine Arbeiten in Angriff nehmen. Sie hat nur Aufgabe die Erhebungen auszuführen. Mit der Fortsetzung dieser Arbeit kann höher erst begonnen werden, wenn ein Antrag des Reichskongresses vorliegt. Wie solche Anträge ausgeführt werden sollen, ob durch schriftliche Erhebungen oder mündliche Recherchen, darüber beschließt die Kommission. Ein ähnliches Erhebungsverfahren wurde auch in Folge des Antrags Hüttenberg, betreffend die Erhebungen über die Verhältnisse der im Transportgewerbe beschäftigten Personen, gefordert. Es ist auch nach Ansicht Hüttenberg Erhebungen auf den Reichskongress zu stellen, soweit die Erhebungen der Erhebungen unterstellt sind, so kommen die bei Eisenbahnen (von sich Eisen- und Pferdebahnen geliehen) bedingten Arbeiter nicht in Frage.

Ein Antrag hat der Reichskongress der Kommission zugewiesen. Am 23. Nov. d. J. nahm der Reichstag folgende Resolution an:

Die verschiedenen Regierungen zu ersuchen, Erhebungen durch die Kommission für Arbeiterverhältnisse über die Arbeitszeit der Geschlossenen, Weiblichen, Lehrlinge und Arbeiter in Kompositoren und solchen kaufmännischen Betrieben, die nicht mit öffentlichen Verwaltungen verbunden sind und für das in den Reichsgesetzen bezeichnete Hilfspersonal anzustellen."

Dieser Resolution soll in seinem ersten Teile jetzt mitzuteilen werden. Um die nötigen Vorbereitungen und Entwürfe zu machen, wurde ein Ausschuss von 5 Personen gewählt. Der Ausschuss besteht aus dem Vorsitzenden der Kommission, Unterstaatssekretär Schmidt, dem Direktor des statistischen Amtes, Dr. von Sabel, dem hiesigen Generalkonsul Dr. Fischer, sowie den Reichstags-Abgeordneten Dr. Hüttenberg und Dr. Müller. Diese Erhebungen sollen ähnlich wie die früheren Erhebungen über die in offenen Betrieben beschäftigten Personen durch eine vermittelte Fragebogen veranstaltete Statistik eingeleitet werden.

Gegen den Brotwucher.

Das Gemeindefollegium in Nürnberg hat am Dienstag beschlossen, den Magistrat zu einer gemeinsamen Eingabe an das kaiserliche Staatsministerium aufzufordern, worin die Regierung ersucht wird, für die Beibehaltung der Politik langfristiger Handelsverträge, gegen den Doppelzolltarif und die Verschärfung unentbehrlicher Nahrungsmittel durch Zölle, besonders gegen die Erhöhung der bestehenden Getreidezölle, einzutreten.

Auch in Fürth haben Magistrat und Gemeindefollegium einstimmig eine Eingabe an die Regierung zu Gunsten langfristiger Handelsverträge und gegen die Erhöhung der Getreidezölle gerichtet.

Gegen eine Erhöhung der Getreidezölle, für langfristige Handelsverträge und gegen einen Doppelzolltarif hat sich das Gemeindefollegium in Kaiserlautern einstimmig in einer nach dem Muster der Nürnberger formulierten Petition an das bayerische Staatsministerium gewandt.

Kein Umbau der Eisenbahnwagen! Der „Nord. Allg. Zeitung“ wird von ausländischer Seite die Meldung der „Rheinischen Zeitung“ als unrichtig bezeichnet, der zufolge in nächster Zeit ein Umbau der Wagen der D. S. G. erfolge und ein größerer Betrag hierfür in den nächstjährigen Etat eingestellt werde. — Wie man so etwas auch nur glauben konnte. Das verringert doch die Lieberlichkeit!

Unsere herrliche Schule. Wegen Bauzufälligkeit ist nach der „Mitt. Volks-Ztg.“ in dem Dorfe Bieslow am Schermüßensee auf Veranlassung des hiesigen Gemeindefollegiums das Schulhaus geschlossen worden, da die Decken einzuführen drohen.

Der neue Zolltarif liegt nach der „Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie“ bereits im Druck vor und zwar mit Normal- und Normal-Publik. Gegenwärtig finden nur noch im Reichskongress die letzten parlamentarischen Verhandlungen über die Höhe und die Abgrenzung der einzelnen Zölle statt.

Ausland.

Französische Kolonialskandale

Brandmatte der Rassisten Bigné d'Octon am Donnerstag in der französischen Kammer: Er habe auf die parlamentarische Immunität verzichtet und ein Buch veröffentlicht, in dem die schwersten Klagen enthalten seien. Er habe die Schuldigen mit Namen bezeichnet und auch den Kolonialminister aufgefordert, Strafen vorzugehen oder ihn selbst geschädigt zu belangen. Das sei bereits vor sechs Monaten geschehen und alle Verantwortlichen hätten geschwiegen. Der Weg der Expedition Boulet Ghanose sei mit Blut besudelt. Boulet plünderte eine Anzahl Dörfer und ließ zwanzig Frauen, die Mütter waren, hinrichten. Auf dem Weltmarkt wurde eine Stadt von 10.000 Einwohnern eingeschloffen. Ohne vorheriges Verbot ließ Boulet 21 Gefangene einschleusen. Bald darauf hat Ghanose kassete mit 10 Gefangenen, deren Köpfe auf Städte aufgeschlagen wurden. Der Nachlaß des im Senegal gestorbenen Hauptmanns Müller beweist, daß Boulet an einem einzigen Tage tausend Gefangene erschleichen ließ. Im Sudan wurde mit den Gefangenen Sklavenhandel getrieben, auf französischem Gebiet und niemand hat sich dem widersetzt. Man taufte für die Gefangenen Pfeffer, Pulver und Waffen ein. Ein Augenzeuger, der die Verführung der Kommerz sieht, erklärte, daß nach der Einnahme von Sifasso Alles gefangen genommen oder getötet wurde. Die Gefangenen wurden unter die Soldaten verteilt, jeder Europäer erhielt ein Weib, ein Schöge erhielt deren neun. Man machte mit den Gefangenen Märkte von 40 Kilometer. Die Kinder und alle die, welche nicht mit konnten, wurden niedergemacht. Die Regierung hat die Sklaverei abgeschafft, aber die Kolonialverwaltung hat die Einrichtung der „Mères“ geschaffen. In Madagaskar und Indochina kommt die Folter zur Anwendung. Bei der Einnahme von Alie wurde die ganze Bevölkerung hingerichtet. Man verschonte weder Frauen noch Kinder. Als Ghanose nach Madagaskar zurückkehrte, wollte er der Regierung beweisen, daß er die Sympathien der Bevölkerung besitze, und er ließ daher in Tomalabe durch seinen Generalstabchef einen feierlichen Empfang in Szene setzen. Als er in Tananarive ankam, fand er seine dienstlichen Befehle im Festschloß abgedruckt. Um zu verhindern, daß diese Nummer nach Frankreich kam, ließ er alle Exemplare mit Bleigewicht beladen, in der Festschloß die Formen zerbrechen und eine andere Ausgabe anfertigen. Redner legt die Photographien der beiden Ausgaben auf den Tisch des Hauses nieder.

Verschöpfung in Südafrika.

In London wurde ein Telegramm verbreitet, wonach eine Verschöpfung zur Ermordung Lord Roberts' entworfen wurde. Etwa 20 Ausländer waren beteiligt. Die Verschwörer hatten eine Mine gelegt, die am letzten Sonntag, während Roberts in Johannesburg in einer Kirche war, aufzulegen sollte. Die Verschöpfung wurde durch die Wachsamkeit der Polizei und der Schutzwache Roberts entdeckt. Es heißt, etwa 10 Personen, meistens Italiener, seien verhaftet worden. Dazu besagt eine Depesche des Lord Roberts aus Johannesburg vom 26. November: Da wahrscheinlich das Gerücht von einem Komplott gegen mein Leben nach London gedrungen ist, so halte ich es für meine Pflicht, die Thatsachen mitzuteilen. Die Polizei hatte seit einiger Zeit Kenntnis davon, daß eine Verschöpfung existiere. Man nahm am 16. November 5 Italiener, 4 Griechen und einen Franzosen fest, sie werden dem Gericht übergeben werden. Ihre Absicht war, am 19. November, während des Morgengottesdienstes, in der Marienkirche um 11 Uhr eine Mine springen zu lassen.

Der Aufstand in Englisch-Südafrika greift um sich. In London sind schon recht schlechte Nachrichten eingetroffen. Der Unterleutnant Jenner ist am 13. November in verdrähter Weise von Swartals erwordet worden, welche in der Nacht das Lager besuchte, indem sie freundschaftliche Gesinnung vorgeben, dann aber die Abtheilung angriffen.

Der Krieg in China.

Das Schweigegebot.

Ein Garnisonbefehl für die deutsche Truppe in Tientsin befiehlt, daß die Militärbehörde die Unterdrückung der unbehörlichen Mittheilungen versucht. Es wird in diesem Befehl die „Veröffentlichung von Privatbriefen über Kriegereignisse“ ausdrücklich untersagt und hinzugefügt:

Die Briefschreiber haben dafür Sorge zu tragen, daß sie die Empfänger der Briefe hiergegen nicht verarschen, und wenn es bei Zwangsverhandlungen zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Legationskommandant.
H. v. Kettler, Generalmajor.

Die Kriegsführung scheint alle Begriffe verwirrt zu haben. Jetzt sollen sogar die Briefschreiber dafür die Verantwortung tragen, wenn die Briefempfänger, Jene gar nicht verhindern können, die Schreiben veröffentlicht. Die Soldaten sollen also bestraft werden für bu aus erlaubte Handlungen, die Andere die sie keinen Einfluß haben, begehen. Ist ein Stellvertretungssystem in der Rechtspflege, das in China als unerhört gelten dürfte.

Die „decision irrevocable“

die unwiderstehliche Forderung der Hinrichtung der „digen“, wie sie Deutschland aufstellte, ist von den Mächten preisgegeben.

Sämtliche Großmächte hätten, so heißt es in amerikanischen Berichten, Staatssekretär Hay ihre Zustimmung zu den amerikanischen Vorschlägen zugesagt und mitgeteilt, daß sie kein Ultimatum an China stellen und die Hinrichtung der hohen Würdenträger nicht verlangen werden. Auch von ihnen geforderten Entschädigungssummen würden unterschwinglich sein.

Damit hat Deutschlands „gentile Politik“ wieder arge Schlappe erlitten und wird sich fügen müssen. Rückzug Deutschlands von der Forderung der Todesstrafe die Räuberschlüßer befähigt denn auch die „Post“. Sie warnt die Regierung dagegen, daß sie sich dabei nicht durch Rücksichten der Humanität habe leiten lassen, sondern die Frage vom politischen Zweckmäßigkeit Standpunkt behandle. Die „Post“ behauptet, daß Deutschland habe sich von vornherein nicht auf die Hinrichtung bestimmter Persönlichkeiten kapituliert, sondern es wiederholt erklärt, daß es den Hauptzweck der Expedition darin sieht, daß die Bestrafung der Schuldigen übereinstimmend von den Mächten gefordert werde.

Wie man „Frieden“ macht.

Aus Peking verlautet, die Franzosen hätten in Tientsin Besitz von einem Gebiet ergriffen, welches drei Mal so groß sei, als die gegenwärtige Konzession, und hätten durch einen Anschlag bekannt gemacht, daß sie dies Gebiet außerhalb ihrer Jurisdiktion unterwürfen und daß alle Besitzveränderungen seit dem 17. Juni ungültig seien.

Man sieht den Chinesen also noch vor dem „Friedensschluß“ so viel Land, wie nur möglich.

Streit um die Wente.

Zwischen England und Rußland ist es wieder zu „gehenden Differenzen“ gekommen. Die „Times“ erzählt:

Die russische Regierung widerrief ihren Beschluß, die Eisenbahnlinien zu räumen, und theilte der britischen Regierung die Meinung an, daß die Zahlung der ihr während der Benutzung der Bahn erwachsenen Ausgaben ab. Man ist wohl der Meinung, daß die Russen so lange die Bahn im Besitze hatten, fast für dieselbe zahlen, und nur eine geringe oder keine Grundrente für die Benutzung der Bahn zahlen. Die Russen haben die Forderung auf Zahlung der Ausgaben für die Bahn zurückgeführt, wenn eine solche Forderung überhaupt rechtlich ist, auf Rechnung der internationalen Armee zu geben, müßten in Verbindung mit der allgemeinen Entschädigungsfrage betrachtet werden. Die russische Forderung scheint ungebührlich und ein Treubruch, aber es empfiehlt sich, sie mit der russischen Forderung zu behandeln. Die auf dem Festlande geübte Ansicht ist, daß die Rechtsfrage der prozessorischen Beziehung der Bahn, obgleich dieselbe ursprünglich durch Notwendigkeiten des Krieges bestimmt war, gegenwärtig den Oberkommandierenden angeht, sondern den Gegenstand eines Rechtsstreites zwischen Engländern und Russen zu bilden hat.

Ein Spitzhube wirft dem andern Treubruch und Ungehorsam vor.

Die „einigen“ „Verbündeten“.

Dreißig französische Soldaten haben, wie es heißt, Mache für eine frühere Thätlichkeit englischer Soldaten einen ihrer Kameraden, eine Anzahl Engländer angegriffen. Sie forderten die rüstliche Polizei heraus und griffen sie an, wobei sie sich ihrer Bajonnette bedienen. Mehrere Personen verwundeten. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen, die militärische Untersuchung eingeleitet.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Künstliche Schwämme. Ein holländischer Verfahren zur Herstellung künstlicher Schwämme ist nach dem „Organ“ kürzlich veröffentlicht worden. Es beruht auf der Wirkung von Chlorzink auf eine Cellulose, die aus kugelförmigen, faserförmigen Verbindungen erzeugt, die im Wasser quellen und beim Trocknen wieder zusammenfallen. Zur Verwendung des Chlorzinks werden 10 Gramm Cellulose mit 100 Gramm Wasser in einem geschlossenen Gefäß mit einem Stöpsel und einem Rührer in einem Wasserbad mit einer Temperatur von 60 Grad Celsius erhitzt. Die Cellulose wird durch Chlorzink in eine schwache Lösung überführt. Die Cellulose wird durch Chlorzink in eine schwache Lösung überführt. Die Cellulose wird durch Chlorzink in eine schwache Lösung überführt.

Aus aller Welt.

Durch einen unglücklichen Zufall sein Leben verlor ein junger Mann in der Nacht des 28. d. M. in der Gasse zwischen der Straße der Gasse. Er wurde von einem Wagen überfahren. Die Verletzungen sind so schwer, daß er nicht überleben wird. Die Leiche wurde in der Nacht des 28. d. M. in der Gasse zwischen der Straße der Gasse. Er wurde von einem Wagen überfahren. Die Verletzungen sind so schwer, daß er nicht überleben wird. Die Leiche wurde in der Nacht des 28. d. M. in der Gasse zwischen der Straße der Gasse.

Geistliche Radfahrer. Die Straßengericht in Leipzig wird heute zwei geistliche Radfahrer, den katholischen Pfarrer Georg Hellerich von Helldorf und den protestantischen Prediger August von Helldorf, wegen ihrer Radfahrten zu je 50 Mark Geldstrafe. Sie sind beauftragt, am 15. April auf der Landstraße an einem öffentlichen Ort, welches ein bejahrter Mann

in der Gasse zwischen der Straße der Gasse. Er wurde von einem Wagen überfahren. Die Verletzungen sind so schwer, daß er nicht überleben wird. Die Leiche wurde in der Nacht des 28. d. M. in der Gasse zwischen der Straße der Gasse. Er wurde von einem Wagen überfahren. Die Verletzungen sind so schwer, daß er nicht überleben wird. Die Leiche wurde in der Nacht des 28. d. M. in der Gasse zwischen der Straße der Gasse.

in der Gasse zwischen der Straße der Gasse. Er wurde von einem Wagen überfahren. Die Verletzungen sind so schwer, daß er nicht überleben wird. Die Leiche wurde in der Nacht des 28. d. M. in der Gasse zwischen der Straße der Gasse. Er wurde von einem Wagen überfahren. Die Verletzungen sind so schwer, daß er nicht überleben wird. Die Leiche wurde in der Nacht des 28. d. M. in der Gasse zwischen der Straße der Gasse.

Parlamentarisches.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags hatte sich Dienstag mit einem ihr überreichten Schreiben des Staatsanwaltes zu Mannheim zu beschäftigen, welcher die Erhellung der Ermordung zur strafrechtlichen Verfolgung wegen Verleumdung des Reichstages beantragt.

Partei-Angelegenheiten.

Gemeinbewähler. Einen erfreulichen Sieg errangen unsere Genossen in Johannisbergstadt. Es wurden dort zum ersten Mal sozialdemokratische Gemeinderats-Mitglieder gewählt und dabei drang gleich die ganze Parteiliste sowohl bei den Wählern wie bei den Urwählern durch.

In Blauen bei Dresden wurde der bisherige sozialdemokratische Gemeindevorsteher in der Klasse der Urwählern wiedergewählt.

In Unterhau bei Gera errangen unsere Genossen einen beachtenswerten Sieg. Es wurden dort fünf Parteigenossen und nur drei bürgerliche Gemeinderatsmitglieder gewählt.

In Grimnitzschau verloren wir leider 2 Sitze und verblieben nunmehr nur noch über 6 Mandate. In Grotz verloren wir den einzigen bisher innegehabten Sitz. In Döblich bei Gera wurde von der sozialdemokratischen Liste nur ein Genosse gewählt. In den Dörfern Kubit, Frankenthal und Friedes, sämtlich Kreis j. B., wurden die Parteikandidaten glatt gewählt.

Das Internationale sozialistische Sekretariat, dessen Errichtung von dem letzten internationalen Kongresse beschlossen wurde, wird mit dem 1. Dezember d. J. seine Tätigkeit beginnen. Die Bureaukratie sind im Rat der Arbeiter, Rosa Luxemburg, Stenens in Brüssel untergebracht. Zum Sekretär ist der Genosse Auer und Singer zu Delegierten in das internationale Komitee, der Genosse Kautsky zum Schriftführer gewählt. Frankreich entsendet Zaurès und Bailant, England: Duell und Hyndman, die österreichischen Polen: Jedzejewski und Wojnarowski. Die von belgischer Seite ernannten Genossen Ansele und Vandervele appellieren an die übrigen Nationen, baldmöglichst ihre Delegierten zu ernennen.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 29. November 1900.

Freitag Nacht 12 Uhr mit dem Glodenschlage verlassen die Breslauer Droschken ihre Halteplätze, um sie erst wieder aufzusuchen, wenn die Verordnung des Polizeipräsidenten aufgehoben ist. Das war das Ergebnis der gestrigen stark besuchten Rutscher-Versammlung in Nachmuths Restaurant, die wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden mußte.

Als erster Redner nahm der Hauptvorsitzende des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes, Herr Schumann aus Berlin, die neue Verordnung noch einmal unter die Lupe. Er legte in klaren Worten dar, welche neuen Fesseln die Verordnung für einen Beruf ist, der ohnehin schon schwer gepackt ist mit behärdlichen Vorschriften, und der, wie kein anderer, unter der modernen Entwicklung zu leiden hat. Er betont auch, wie notwendig hier das gemeinsame Zusammengehen von Besitzern und Rutschern ist, denn hier tritt wirklich einmal der Fall ein, daß beide Teile, Unternehmer und Arbeiter, ein gemeinschaftliches Interesse haben an der Abwehr der neuen Verordnung. Das Handinhandgehen in solchen Fällen hat an anderen Orten schon gute Früchte gezeitigt. Der Geist der neuen Verordnung ist ganz unverständlich. Während man sonst immer bemüht ist, den Mittelstand vor dem Untergang zu schützen, giebt man hier eine Verordnung heraus, die das Gegenteil zur Folge hat. Während der Staat der Sozialreform bemüht ist, die Arbeitszeit in verschiedenen Berufen durch Gesetz abzukürzen, ist man in Breslau daran, die Arbeitszeit eines Gewerbes an manchen Tagen auf 17 Stunden durch Polizeiverordnung zu verlängern. Ist es nicht eine Ironie, wenn drei Tage vor dem Inkrafttreten der Breslauer Polizeiverordnung im Reichsamt des Innern Erhebungen beschlossen werden, welche den Zweck haben, die Arbeitszeit im Verkehrsgewerbe zu beschränken. Redner führt dann die Vergleiche mit Köln auf ihren wahren Wert zurück. Er zeigt, wie diese lebhafteste Verkehrsstadt, der Durchzugsort aller Veranlagungsreisenden von Ost nach West, von Nord nach Süd und umgekehrt, mitten in einem großen Industriebezirk gelegen, gar keinen Schutz auf die Breslauer Verkehrsverhältnisse zuläßt. Wenn es in der Riesenstadt Berlin ohne solche Fesseln geht, dann wird es auch in Breslau gehen. Herr Schumann zeigt noch im Weiteren, wie unpraktisch einzelne Paragraphen der neuen Verordnung sind (die Uniform der Rutscher muß angeflickt sein u. dgl.). Zum Schluß weist er darauf hin, ein wie folgeschwerer Schritt der Streik ist. Er kostet viel Opfer, er erheischt viel Mannesmut und Treue, Hinderis und Einigkeit. Mögen es sich die Droschker sehr überlegen, ehe sie den Schritt thun, aber wenn sie ihn thun, dann hoch die Stirn und fest die Hand, weg mit der Hundsnatur. Dann sollen die Droschker zeigen, daß sie Männer sind und wenn es auch wochenlang dauert. Bleiben Sie einig, dann ist der Sieg Ihnen sicher. (Brausender Beifall.)

Vor den Türen auf der Straße hatten viele Hunderte Aufstellung genommen, die der kleine Saal nicht fassen, die Straßen ringsum waren mit Droschken dicht besetzt. Während einer kleinen Pause trafen die Ministerdeputierten aus Berlin ein und Herr Zimmer übernahm sofort die Berichtserstattung von der Audienz. Er hob hervor, daß der Empfang in beiden Ministerien ein sehr freundlicher gewesen ist. Der Geheim Regierungsrath im Handelsministerium, Herr Hoffmann, der sich durch Ausschüttele aus der 'Polits wach' bereits eingehend über die Lage in Breslau informiert hatte, gab allen Abgesandten Gelegenheit, ihre Wünsche und Beschwerden zu äußern. Er versprach auch, dieselben sofort einer Prüfung zu unterziehen, dem Minister Bericht zu erstatten und den Breslauer Droschkenführern bis zum Freitag Bescheid zu geben, ob die Verordnung ganz oder teilweise, für vorläufig oder endgültig

aufgehoben werden soll. Da die Sache drängt, wird Herr Dr. Hoffmann, wenn es notwendig wird, selbst nach Breslau kommen und mit den Interessenten verhandeln. (Bravo) Herr Zimmer hegt die besten Hoffnungen, hält es aber auch für besser, für alle Fälle gerüstet zu bleiben und wenn kein anderes Mittel hilft, den letzten Schritt zu versuchen. Auf die Versammlung allein kommt es an, die Droschker selbst müssen entscheiden, was sie thun wollen, kein Anderer hat ihnen herein zu reden. (Stürmische Zurufe: Es bleibt bei unserem Beschluß. Lebhaftes Bravo.)

Stadtverordneter Schütz teilt mit, daß sich auch unter der hiesigen Gemeindevorstellung eine Reihe von Stadtverordneten gefunden hat, welche sich der Sache der Droschkenführer angenommen haben. Die Polizeiverordnung konnte nur Rechtsgültigkeit erlangen durch die Zustimmung des Magistrats. Da es sich nun hier um das Wohl oder Wehe von vielen alten Bürgern handelt, haben wir den Magistrat angefragt, aus welchem Grunde er diese einschneidende Verordnung sanktioniert. Wir hoffen schon morgen die Antwort vom Magistrat zu erhalten. So wie wir jetzt zu Ihnen stehen, werden wir auch ferner Sie unterstützen, wenn schwere Tage kommen. (Bravo.)

Nunmehr wird folgende Resolution mit allen Stimmen angenommen: Die heute im Nachmittagschen Lokale tagende Versammlung der Droschkenführer und Rutscher beschließt einstimmig gegen die vom hiesigen Königl. Polizeipräsidenten erlassene Verordnung Front zu machen und beschließt, falls diese Verordnung nicht zurückgezogen resp. wesentlich abgeändert wird, am 1. Dezember in den Streik einzutreten.

Damit war der Streik für den 1. Dezember endgültig beschlossen und die Versammlung setzte nun die näheren Einzelheiten fest.

Die Droschken verlassen um 12 Uhr Nachts die Standplätze.

Das Streikbureau ist in Heider's Brauerei, Herrenstraße 19. Vormittags von 10-12 Uhr finden sich dort die Rutscher ein, außerdem findet jeden Nachmittag 4 Uhr eine Beschlufassung statt.

Das Streikkomitee der Rutscher wurde um 6 Personen verstärkt.

Die Besizer halten ihre letzte Versammlung vor dem Streik am Freitag, den 30. November im Konzeptschloß ab. Die Rutscher werden aufgefordert, an dieser Versammlung teilzunehmen. Mit einem brausenenden Hoch auf das Breslauer Droschkenfuhrergewerbe gingen die Versammelten auseinander.

Mit den Lohnunterschieden in der Strohhut- und Filzhutfabrik von Rabat u. Guttman beschäftigte sich eine am Mittwoch abgehaltene, stark besuchte Gutarbeiter-Versammlung. Der Vorsitzende, Kollege Seypner, berichtete zunächst über die allgemeine Geschäftslage der hier in Betracht kommenden Damenhut-Industrie mit besonderer Berücksichtigung der jetzt anhebenden Strohhut- und Filzhut-Industrie. Es war für den Kundigen voraussehen, daß nach dem im Allgemeinen sehr schlechten Geschäftsgange, während der verfloffenen Filzhut-Industrie der eine oder der andere der Fabrikanten sich für die während derselben teilweise gewährten Lohnzuschläge, bei Beginn des Winters, in der für die Arbeiter ungünstigsten Zeit, wieder schablos halten würde. Dieses ist von der Firma Rabat u. Guttman durch Einführung veränderter Arbeitsmethoden und Arbeitseinteilung indirekt herbeigeführt worden und zwar können jetzt dort die Arbeiter bei angestrengter Arbeit nicht das zum Leben Nötige verdienen. Die Arbeiter ersuchten deshalb schriftlich bei Herrn Guttman um Abstellung verschiedener Uebelstände bezw. Regulierung der Arbeitslöhne. Gleichzeitig wurde um Zurücknahme der Kündigung eines Kollegen ersucht, der schon 11 Jahre im Geschäft thätig und dessen Entlassung von den Mitarbeitern als Maßregelung betrachtet wird. Nach Empfang dieses Schreibens beschied Herr Guttman zwei Kollegen auf's Komptoir und erklärte ihnen: „Es sei eine Gemeinheit, ihm ein solches Schreiben zu übersenden“, und lehnte sämtliche Forderungen rundweg ab mit der Begründung, daß er für verschiedene Arbeiten höhere Löhne zahle als in anderen Fabriken gezahlt wird. In einer darauf abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, nochmals mit Herrn Guttman zu verhandeln und wurde bezw. dessen eine aus den verschiedenen Arbeitskategorien zusammengesetzte achtgliedrige Kommission gewählt. In der Diskussion berichteten nun einzelne Mitglieder derselben, daß auch ihnen gegenüber Herr Guttman sich durchaus ablehnend verhalten habe. Er frug unter Anderem auch: „Was wollen Sie denn machen, wenn ich den oder den entlasse?“ Im weiteren Verlauf der Versammlung stellt es sich heraus, daß Herr Guttman mit dieser Frage seinen Zweck vollständig erreichte, indem dadurch, da die meisten der Arbeiter Familienväter sind, eine gewisse Einschüchterung hervorgerufen wurde. Es wurde festgestellt, daß, wenn auch in anderen Fabriken für einzelne Arbeiten niedrigere Löhne gezahlt, die dort beschäftigten Arbeiter durch bessere Einrichtungen verhältnismäßig mehr verdienen. Von mehreren Rednern wurde betont, daß die bei Herrn Guttman beschäftigten Kollegen sich die Abweisung nicht gefallen lassen dürften und durch Arbeitsniederlegung ihren Forderungen Nachdruck verleihen müßten. Kollege Seypner bemerkte hierzu unter Hinweis auf die augenblickliche Geschäftslage, daß ein Streik gegenwärtig nur den Arbeitern Schaden bringen könne, andererseits seien aber auch verschiedene der Beteiligten noch nicht genügend geschult und diszipliniert, um einen mehrwöchentlichen Streik auszuhalten. Schuld daran trage die Zerfahrenheit unter den Kollegen, welche besonders durch das Bestehen zweier Organisationen am Orte künstlich genährt wird. Unter diesen Umständen müsse er von einer Arbeitsniederlegung ganz entschieden abrathen. Von einem Vorstandsmitglied des Lokalvereins wurde erwidert, daß das Bestehen zweier Organisationen am Orte den Umständen entspreche. Der Lokalverein sei jetzt wohl in der Lage Streikunterstützung an seine Mitglieder zu zahlen. Die hierauf vorgenommene geheime Abstimmung der bei Rabat u. Guttman Beschäftigten ergab, daß von 46 Beteiligten nur 34 Stimmentel abgegeben wurden; 24 stimmten für

Kündigung am nächsten Samstag, 10. Dezember. Dieser Bescheid bestimmte dann die Versammlung sich einstimmig gegen eine Arbeitsniederlegung zu erklären. In Schlußwort betonte der Vorsitzende, daß es Sache der Kollegen sei, wenn ihre Lage nicht noch schlechter werden sollte, für Aufklärung unter sich zu sorgen und die der besseren Organisation, dem Zentralverbande, noch Fernstehenden, heranzuziehen, dann würde das Bestehen schlechter Arbeitsverhältnisse von selbst aufhören.

Ein Lied von der gepriesenen Breslauer Armenpflege. In einem Städtchen in der Provinz Posen lebte eine rechtschaffene Arbeiter-Familie, Namens Gerlach. Vater, Mutter und fünf Kinder. Der Mann war Gerber-Gefelle, ein braver, tüchtiger Arbeiter, der sich nicht nur der Achtung seiner Berufskollegen, sondern auch in Bekanntenkreisen, erfreute. Wenn auch kümmerlich, so ernährte er doch Wis und Kinder, an denen er mit großer Liebe hing, schlecht und gerecht. Da brach unerwartet großer Hunger über die Familie herein. Der Ernährer starb und hinterließ die Seinen im größten Elend. Ein solches hartes Loos trifft in der heutigen Gesellschaftsordnung unzählige Arbeiter-Familien. Was sollte die arme Mutter mit ihren noch unermöglichten Kindern in der kleinen Ortschaft anfangen? Sie selbst würde sie wohl in dem Orte durchgeschlagen haben, ihr Lager aber die Kinder am Herzen, für diese wollte sie sorgen, wie es der Vater gethan hatte. Es fand sich aber keine Arbeitsgelegenheit, die ihr auch ein noch so bescheidenes Einkommen garantiert hätte. So zog sie es vor, nach Breslau zu ziehen, in die große Stadt, in der sie hoffte, durch ihrer Hände Arbeit sich und die Familie zu ernähren. Von den Kindern war nur das älteste, ein 16-jähriges Mädchen, im Stande, sich selbstständig zu erhalten. Es ging in Diensten gegen ein Vierteljahreslohn von 18 Mark. Frau Gerlach besaß sich mit Wäsche waschen und Plätten. Es glückte ihr aber nicht recht, sie verdiente wöchentlich nicht mehr als 3-4 Mark. Da kam ihr ihre betagte Mutter zu Hilfe. Diese verdient mit Hilfe der Enkel alle 14 Tage 23 Mark. Bei diesem Lohne gab sie der Tochter alle 2 Wochen 11 Mark ab. Die sechszehnjährige Tochter gab der Mutter, was sie nur irgend von ihrem Lohn entbehren konnte. Alles in Allem belaufen sich die Einnahmen der Frau monatlich auf 45-50 Mark. Am 1. April nächsten Jahres werden es zwei Jahre, daß die Frau in Breslau ihren Wohnsitz hat, dann ist sie unterstützungs-berechtigt. Soweit will es der Magistrat nicht kommen lassen. Vor einigen Monaten erhielt sie den polizeilichen Befehl, mit ihren Kindern Breslau binnen 14 Tagen bei Vermeidung der Zwangsbeförderung zu verlassen und nach ihrem früheren Wohnsitz zurückzukehren. Der Ausweisungsbefehl wurde damit begründet, daß die Frau mit ihrem Verdienst unmöglich auskommen könne und schließlich der Stadt zur Last fallen werde. Die Frau hatte die schöne Aussicht, per Schuß nach jener kleinen Stadt zurücktransportiert zu werden, denn die Stadt hatte sich bereit erklärt, sie und ihre Familie wieder aufzunehmen. Frau Gerlach sagte sich der polizeilichen Verfügung indessen nicht, sondern erhob Klage im Verwaltungs-streitverfahren. In der mündlichen Verhandlung vor dem Bezirksauschuß am 22. November hat die arme Frau ihren kranken Augen, sie in Breslau zu belassen, sie verpflichtete sich, der Stadt nicht zur Last zu fallen. Mit der Zeit werde sie mehr verdienen, dann werde auch die Kinder groß und können zum Unterhalt beitragen. Der Polizeierntreter verhartete auf der Ausweisung. Die Stadt habe schon zu große Armenlasten. Die Kinder könnten krank werden u. s. w. Gegen die Aufführung der Frau Gerlach erhebt der Polizeivertreter keine Einwendungen, es liege Nachtheiliges gegen sie nicht vor. Die Entscheidung wurde vertagt. Es sollen die Mutter und Tochter der Klägerin vernommen werden, ob sie thatächlich, wie angegeben, die Klägerin unterstützen. Fällt die Beweiserhebung zu ihren Ungunsten aus, dann muß sie Breslau verlassen. — Das ist die viel gepriesene Armenpflege der Stadt- und Residenzstadt Breslau.

Sozialdemokratischer Verein. In der nächsten Mitgliederversammlung am Montag wird Genosse Klüh einen Vortrag mit dem Thema „Wer rejiert?“ halten. Die große Matinee im 26. Bezirk findet erst am Sonntag, den 3. Dezember, statt. Die Mitglieder werden dazu besonders eingeladen.

Alles ausverkauft! Das ist das künftige Omen für die nächste Volksvorstellung, das wir uns nur wünschen können. Bereits am Mittwoch Nachmittag, kaum 1 1/2 Tage nach Beginn des Volkverkaufs, war auch nicht ein einziger Platz mehr zu haben. Viele Käufer mußten unerschütterter Sache wieder abziehen. Das ist für diese unangenehm, darf sie aber nicht abhalten, für die nächste Volksvorstellung rechtzeitig sich um Eintrittskarten zu bemühen. Für die Veranstaltungen des Sozialdemokratischen Vereins macht sich jetzt ein so lebhaftes Interesse nach jeder Richtung geltend, daß jedem Mitglied nicht dringend genug zu empfehlen ist, sich stets rechtzeitig um diese Veranstaltungen zu bemühen. Dieses lebhafteste Interesse berechtigt aber zu weiteren schönen Hoffnungen. Mögen die Genossinnen und Genossen in ihm nicht erlahmen. Der Sozialdemokratische Verein muß der stärkste Verein Breslaus werden.

Der Antisemitengeneral in Breslau. Die am vorigen Dienstag bei Friedrichs angeordnete antisemitische Volksversammlung war so zahlreich besucht, daß noch vor Beginn derselben der Saal gelassen werden mußte. Hauptächlich war es Neugier und Sensationslust, welche man als 500 Personen dorthin getrieben hatte in der Hoffnung, gegen Eröffnung eines Ombuds von 20 Rf. Entschädigung über das Rätsel von König zu vernahmen. Sie sollten sich darin getäuscht sehen. In seiner Rede über das Thema: „Gibt es Antisemitismus?“ bestrichete sich der erstarrte Antisemitenthrone Hans v. Wosch zunächst über das Wesen des Antisemitismus, der sogar in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterkategorie einen ganz bedeutenden Anhang besitzt. (Mit mal) Es verlor sich nicht, auf diesen Theil der Ausführungen näher einzugehen. Es seien da die bekannten Sozialisten, wie: Unger, germanische Treue, Gauner, Bösewichter, Jabschbildung u. dgl. die bei dem unangelegenen zu ihrer nur eine stille Heiterkeit auslösen, während allerdings die antihistorische Auffassung der antijüdischen Streitigkeiten, wie gewöhnlich bei jedem neuen Faschismus, in einen freudigen Jubel ausbrach. Der Redner behauptete zwar, daß er nur nackte Thatsachen erzähle, ohne jede verachtende Kritik, die Art und Weise, wie er das Räthsel des gottlichen Juden charakterisierte, und die saß wackelige Bretter, mit der er den Schachvorgang schilderte,

